Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil mm 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 12. November 1926 — Nummer 253

Stille Große Koalition perfekt

Schimpfliche Verschacherung der Erwerbslosen durch die SPD — Marx und Weis liegen sich in den Armen

SPD-Arbeiter Sachsens, rechnet am Sonntag mit den Verrätern ab: Wählt nur Kommunisten!

Berlin, 12. November. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern nachmittag fanden Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses und den sozialdemokratischen Vertretern statt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen. Danach wird die „Krisenfürsorge" der Regierung, die in der letzten Sitzung zu Fall gebracht wurde, durch Annahme des kommunistischen Antrages, alle Beschränkungen der Erwerbslosenfürsorge aufzuheben, doch mit unwesentlichen Aenderungen zur Annahme gelangen. Die SPD verzichtet demnach auf die Durchführung der Beschlüsse, die zugunsten der Erwerbslosen angenommen wurden und von der Marx-Hindenburg-Regierung bekämpft werden.

In den gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten wurde gleichfalls eine dahingehende Verständigung erzielt, daß schon vor entscheidenden Beschlüssen die sozialdemokratischen Vertreter zu den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien hinzugezogen werden sollen. Dies wird als eine Art „Arbeitsgemeinschaft von Fall zu Fall" bezeichnet, wahrscheinlich, um das gebräuchlichere Wort der stillen Koalition zu vermeiden. Praktisch stellt die getroffene Vereinbarung ja auch einen weitgehenderen Zustand als die sonst übliche stille Koalition dar, nachdem sich die SPD bereiterklärt hat, direkt als aktive Regierungspartei — nur noch ohne die eigenen Minister im Kabinett — zu fungieren. Zu dieser glatten Preisgabe der Erwerbslosen und ihrer Forderungen schreibt der „Vorwärts" heute früh als Begründung:

„Es kommt darauf an, die Regierung vor dem Abgleiten nach rechts zu bewahren. Würden wir uns eine Führungsrolle verlegen, so wäre sie ganz naturnotwendig genötigt, Anschluß an die Deutschnationalen zu suchen, was bei der Einstellung dieser Partei natürlich nichts anderes bedeuten könnte als Aufnahme in das Kabinett. Gewiß theoretisch würde es auch noch einen anderen Ausweg geben, wie die Frage der Auflösung des Reichstages. Wir hätten sie rein parteipolitisch nicht zu fürchten, aber die Frage ist sich auf, ob das heute gewählte Parlament dann wesentlich anderes und günstigeres bieten würde, gar nicht zu reden davon, ob der Reichspräsident sich zu solch einem Schritt entschließen könnte."

Der „Vorwärts" meint dann, von Arbeitsgemeinschaft oder stiller Koalition zu sprechen, sei falsch und die Verpflichtungen der Sozialdemokratie gehen nicht weiter, als bis zu Verhandlungen, um einen ausgleichenden Schritt herbeizuführen. Ueber die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion berichtet der „Vorwärts":

„Der Wille der Fraktion ist dahin zusammenzufassen, daß sie ihre Taktik so einrichten wird, den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu verhindern."

Um der SPD Gelegenheit zu geben, ihre Haltung mit Konzessionen zu bemänteln, einigte man sich über ganz unwesentliche Aenderungen in der Krisenfürsorge. Es sollen auch die schon seit 1. April 1926 ausgesteuerten, sowie die von der Erwerbslosenfürsorge als bedürftig anerkannten Erwerbslosen das Recht haben, sich bei der Krisenfürsorge zu melden. Natürlich wird dann erst entschieden werden, ob sie zu berücksichtigen sind. Ferner soll ein „Härteparagraph" aufgenommen werden, nach welchem Arbeiter aussterbender Industrien länger als vorgesehen unterstützt werden, wenn sonst eine „unbillige Härte" eintreten würde.

Der Reichsrat nahm gestern den Gesetzentwurf über die Krisenfürsorge bereits an. Bezeichnend ist, daß dieses Gesetz den Ausgesteuerten im allergünstigsten Fall bis zum 31. März, also kaum mehr als 4 Monate lang, einige Weitelpfennige zubilligt.

Die Regierung und die SPD planen in der heutigen Reichstagssitzung die Vorlage zur Krisenfürsorge in erster Lesung durchzupeitschen, dann soll die Vorlage in den Sozialpolitischen Ausschuß gehen und am Sonnabend in zweiter und dritter Lesung erledigt werden.

Die Kommunisten werden den Kampf für die Erwerbslosenforderungen trotz des abermaligen Ueberlaufens der SPD mit gesteigerter Zähigkeit fortführen.

•

Die sozialdemokratische Führerschaft hat also gewagt, den Schritt zu vollziehen, den die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ganz Deutschland und vor allem die Linken sächsischen SPD-Arbeiter sicherlich noch gestern für unmöglich hielten. Den Kurs, den die Weis und Scheidemann einschlugen, als sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Preußenminister und der preußischen Landtagsfraktion den Hohenzollernraub durchpeitschten, der Kurs der unbedingten Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat ohne alle Zugeständnisse an linke Strömungen", ohne alle Beschönigung, offen und brutal — dieser Kurs fand in dem schimpflichen Verrat an den Erwerbslosen im Interesse der Koalitionspolitik ihre Krönung.

Arbeitsgemeinschaft mit den Marx und Hindenburg — das bedeutet Gemeinschaft mit der Regierung des Klassenraubs, der Zoll- und Steuerwuchers, der Wahlrechtsverschlechterung, des Diktaturgesetzes, Gemeinschaft mit der Regierung der schwarz-weiß-roten Flaggenverordnung, der monarchistischen Schandjustiz und der Schwarzen Reichswehr!

Ein Schrei der Empörung wird durch die Millionenmassen der Erwerbslosen gellen, deren Forderungen schon angenommen schienen und jetzt doch durch den Verrat der Sozialdemokratie wieder unter den Tisch fallen sollen. Ein Schrei der Empörung muß die Antwort auch bei allen übrigen Schichten der Werktätigen sein.

Abrechnung mit der Partei des Verrats, Abrechnung mit der Partei des Schachers, Sammlung unter der roten Fahne des Kommunismus: das muß die Losung für jeden sozialdemokratischen Arbeiter in ganz Deutschland sein!

Die Wahl am Sonntag gibt den sächsischen Arbeitern die erste Gelegenheit, Gericht zu halten über das schimpfliche Verbrechen der SPD-Führerschaft.

Keine Stimme der Partei, die die Erwerbslosen schamlos verkaufte!

Keine Stimme der Partei, der Beitgemeinschaft mit den Hindenburg und Marx, den Geßler und Külz!

Alle Stimmen den Kommunisten!

Die Regierung muß zurücktreten

Die Forderung eines SPD-Blattes

Die sozialdemokratische „Volksstimme", Frankfurt a. Main, schreibt am 9. November im Anschluß an die letzten Vorgänge im Reichstag:

„Die Reichsregierung ist ... nicht nur über eine Tagesordnungsfrage gestolpert. Sie ist wiederholt in sachlichen Fragen in der Minderheit geblieben. Ihr Rücktritt ist ein Gebot des parlamentarischen Systems.

Wenn dagegen gesagt wird, die Durchführung des sozialdemokratischen Antrags oder der Rücktritt der Regierung würde die Erwerbslosen schädigen, da dadurch die Auszahlung jeder höheren Unterstützung verzögert würde, so ist das nicht mehr als eine Ausrede (Diese Ausrede ist die einzige Begründung, die die SPD-Presse für die Ablehnung des Mißtrauensantrages gegen Braun angeben kann. Die Red.), um einer klaren Alternative auszuweichen. Tatsächlich liegt aber auch zu einer Verzögerung keine Notwendigkeit vor, denn der sozialdemokratische Antrag ist angenommen und muß sofort durchgeführt werden. Die Regierung hätte zurücktreten. Wenn sie bleibt, muß sie jedenfalls den Beschluß des Reichstages verwirklichen.

Noch ein anderer Einwand sei gleich widerlegt, der Einwand, daß eine Regierungskrise im Augenblick zu nichts führen würde. Möglich. Aber entweder hat man das parlamentarische System, oder man hat es nicht. Wir haben es angeblich, folglich muß man sich auch danach richten. Eine Regierung, die in der Minderheit geblieben ist, hat dann zurückzutreten."

Dieses Blatt hat so eine dunkle Ahnung, daß die „parlamentarische Demokratie" nichts als Schwindel ist. Herzhafter und richtiger werden die Arbeiter feststellen, daß wir in Deutschland nichts anderes haben als die

nackte Diktatur des Großkapitals, ausgeübt durch die Regierung Marx.

Der bürgerliche Parlamentarismus und die bürgerliche Demokratie bestehen aber darin, daß auf den Willen der werktätigen Volkes gepfiffen wird, und die Befehle des Großkapitals ausgeführt werden.

Die sächsischen „linken" SPD-Führer wagen samt ihrer Presse nicht, gegen die schmähliche Politik der SPD im Reichstag, gegen die Verschacherung der Erwerbslosen für Ministersitze sich aufzulehnen. Die Arbeiter und Erwerbslosen Sachsens werden ihnen deshalb am Sonntag die verdiente Antwort auf diese Solidarisierung mit den Verrätern im Parteivorstand und deren Huben um die Große Koalition geben.

Die Gemeindearbeiter vor dem Streik!

Gemeindearbeiter! Wählt Kommunisten ins Rathaus!

Die sächsischen Gemeindearbeiter stehen vor einem schweren Lohnkampf. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden, jenes Gebilde, in denen die reaktionären Bürgermeister und ihre Vertreter im Interesse der kapitalistischen Gemeinde bestrebt sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeindearbeiter herabzudrücken und niedrig zu halten, planen einen neuen Anschlag gegen die sächsischen Gemeindearbeiter. Es ist der Ehrgeiz dieser reaktionären Gesellschaft, nicht hinter den Bestrebungen der industriellen Ausbeuter zurückzustehen. Was die Privatindustrie unter brutaler Ausnutzung ihrer Vormachtstellung mit Hilfe der amtlichen Schlichtungsinstanzen und durch die feige Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer durchzusetzen in der Lage waren, soll nunmehr bei den Gemeindearbeitern erzwungen werden. Die letzte Lohnregelung der Gemeindearbeiter erfolgte im Juni 1925.

•

Seit dieser Zeit ist keinerlei Lohnaufbesserung für die Gemeindearbeiter in Kraft getreten, obwohl schon zur damaligen Zeit die vereinbarten Löhne in keinem Vergleich zur Gestaltung der Lebensverhältnisse standen. Inzwischen sind Mietpreiserhöhungen und Steigerungen der Lebensmittelpreise in erheblichem Ausmaße eingetreten. Während es in anderen Industrien unter dem Druck der Arbeiter möglich war, wenn auch geringe Lohnaufbesserungen zu erzielen, wurden die Löhne der Gemeindearbeiter bis zum heutigen Tage auf der gleichen Höhe gehalten. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden lehnte die berechtigten Forderungen der Gemeindearbeiter brutal ab. Er fand dabei die Unterstützung der amtlichen Lohndruckinstanzen. Durch Schiedssprüche wurden die bisher geltenden Löhne verlängert und auch jetzt wieder entschied sich die Bezirksschiedsstelle,

daß die jetzigen Lohnsätze bis zum 31. März 1927 bestehen sollen.

Auch der Zentralausschuß lehnte jede Aufbesserung der geltenden Hungerlöhne ab und entschied sich zu einer Tarifverlängerung bis zum 31. Januar 1927. Das ist eine so unerhörte Provokation der sächsischen Gemeindearbeiter, daß ihre Geduld am Ende ist. Das ist wieder ein Beweis dafür, daß auch der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden, wenn es darum geht, die Arbeiter im Elend zu lassen oder sie noch tiefer hinabzustoßen, ebenso brutal, genau so rücksichtslos gegen die Arbeiter vorgeht, wie es Privatindustrielle tun. Das entspricht dem Wesen und dem Charakter der kapitalistischen Gemeinde, deren gutbezahlte hohe Verwaltungsbeamte zu diesem reaktionären Arbeitgeberverband den Herrenstandpunkt kapitalistischer Unternehmer zum Ausdruck bringen. Infolge des reaktionären Verhaltens des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden spitzt sich der Kampf zu. Mit dem Hinweis darauf,

daß es den Erwerbslosen noch schlechter gehe,

begründet man die Ablehnung der Lohnerhöhung für die in angestrengter Arbeit tätigen Gemeindearbeiter. Mit diesem Verhalten gibt der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden den Privatindustriellen die Losung und den Fingerzeig, nach welchen Gesichtspunkten in Zukunft die Lohnpolitik von den Privatindustriellen betrieben werden soll.

Der Arbeitende soll nicht mehr haben als der Erwerbslose. Das ist das Programm dieser reaktionären Scharfmacher des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden.

Wollen die Arbeiter nicht dulden, daß in den Gemeinden nicht ebensolche oder eine viel größere scharfmacherische Lohnpolitik getrieben wird, als es selbst von den rückständigsten Privatindustrien geschehen ist, so muß der Lohnkampf der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu einem Kampf der Gesamtarbeiterschaft werden. Gelingt es den Gemeinden, die Löhne und Gehälter der Gemeindearbeiter niedrig zu halten und herabzudrücken, dann wird den Privatindustriellen ein Musterbeispiel gegeben, auf das sie sich zu jeder Zeit berufen mit dem Hinweis, daß ja auch die Gemeinden keine Lohnaufbesserungen vornehmen. Darin liegt die Bedeutung für die übrige Arbeiterschaft. Die Gemeindearbeiter aber werden aus dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes den Schluß ziehen, noch fester als bisland für den restlosen Zusammenschluß zu wirken, die gewerkschaftlichen Waffen in Anwendung zu bringen, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen können.

Jetzt, da in Sachsen die Gemeinderatswahlen vor der Tür stehen, sollen die Gemeindearbeiter daran denken, daß es die Kommunisten gewesen sind, die in der vordersten Linie des Kampfes für die Interessen der Gemeindearbeiter gestanden haben. Sie sind es gewesen, die in allen Gemeinden durch Anträge verlangt haben, den Austritt aus dem reaktionären Arbeitgeberverband. SPD und Bürgerliche haben das in den allermeisten Fällen gemeinsam abgelehnt.

Das freche Auftreten des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden ist nicht zuletzt auch dadurch möglich, daß dieser Arbeitgeberverband seine Unterstützung durch die SPD erhielt. Die Gemeindearbeiter sollen daraus ihre Schlüsse ziehen. Nur durch eine starke kommunistische Fraktion wird es möglich sein, in den Gemeindeparlamenten ihre Interessen zu vertreten. Für die Gemeindearbeiter gilt es, am kommenden Sonntag, den Anschlag des Arbeitgeberverbandes zu beantworten und ihren Forderungen am wirksamsten Nachdruck zu verleihen durch die Abgabe kommunistischer Stimmzettel. Deshalb, Gemeindearbeiter, alle Stimmen den Kommunisten!